

Allgemeine Datenschutzhinweise des Schulverbandes Horgenzell gemäß Art. 13, 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die Gemeinde Horgenzell, die Stadt Ravensburg und die Gemeinde Deggenhausertal bilden den „Schulverband Horgenzell“. Dieser ist Schulträger im Sinne des § 28 Abs. des Schulgesetzes für Baden-Württemberg für die Gemeinschaftsschule in Horgenzell und deren Außenstellen.

Der Schulverband ist für die Schaffung der sachlichen Voraussetzungen für den Schulunterricht sowie deren Finanzierung und dabei insbesondere für die Bereitstellung und Unterhaltung der Schulgebäude sowie der Mehrzweck- und Sporthalle und die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln zuständig.

Im Folgenden erhalten Sie unsere allgemeinen Datenschutzhinweise für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Haben Sie zu einer ganz konkreten Verarbeitung Fragen, so fordern Sie gerne die Datenschutzhinweise für die jeweilige Verarbeitung an.

Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	Schulverband Horgenzell Kornstraße 44 88263 Horgenzell Tel: 07504 – 9701-0 E-Mail: info@horgenzell.de
Behördliche/r Datenschutz- beauftragte/r	Den behördlichen Datenschutzbeauftragten des Schulverbandes Horgenzell erreichen Sie unter datenschutz@horgenzell.de
Zwecke der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlagen	Zwecke der Verarbeitung Als Schulverband sind wir zuständig für die Schaffung der sachlichen Voraussetzungen für den Schulunterricht, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie für die Bereitstellung und Unterhaltung der Schulgebäude und auch der Mehrzweck- und Sporthalle. Im Rahmen unserer Aufgabenerfüllung verarbeiten wir Daten für unterschiedliche Zwecke, darunter, aber nicht abschließend, folgende: - Schulverwaltung (z.B. Schullastenausgleich) - Schulbetreuung der Schüler - Bereitstellung Mittagessen in der Schule (Mensa) - Bereitstellung Schulsozialarbeiter - Hallen- und Sportstättenmanagement (u.a. Belegungsplan, Abrechnung) Sofern zu diesen Zwecken personenbezogene Daten erhoben werden, werden sie ausschließlich im Rahmen der Aufgabenerfüllung verarbeitet. Rechtsgrundlagen Je nach Verarbeitung und Anliegen/Aufgabe können unterschiedliche Rechtsgrundlagen vorliegen: ▪ In den meisten Fällen werden Ihre Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e) DSGVO (Wahrnehmung öffentlicher Interessen und Ausübung öffentlicher Gewalt) in Verbindung mit dem jeweilig anzuwendenden Fachgesetz und / oder §4 LDSG (Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg) verarbeitet. ▪ Sofern es eine gesetzliche Verpflichtung für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gibt, so ist die Rechtsgrundlage Art. 6

	Abs. 1 Satz 1 Buchstabe c) DSGVO. ▪ Dient die Verarbeitung der Vertragserfüllung zwischen Ihnen und der Gemeinde, so ist die Rechtsgrundlage Art. 6 Abs.1 Satz 1 Buchstabe b) DSGVO. ▪ Sofern Sie uns im Einzelfall eine Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegeben haben, so ist die Rechtsgrundlage Art. 6 Abs.1 Satz 1 Buchstabe a) DSGVO. Nähere Informationen hierzu erteilen wir Ihnen gerne.
Datenarten und Datenquellen	Erforderliche Daten Die erforderlichen ergeben sich aus dem jeweiligen Zweck der Verarbeitung in Verbindung mit den dafür erforderlichen Daten. Es werden nur die Daten erhoben und verarbeitet, die für die Erfüllung des Zwecks erforderlich sind. Andere Angaben können ggf. freiwillige hinzugefügt werden. Datenquelle Die Daten werden in der Regel direkt bei Ihnen erhoben.
Dauer der Speicherung	Ihre personenbezogenen Daten werden grundsätzlich für die Dauer der Aufgabenerfüllung gespeichert. Ist der Zweck der Datenverarbeitung erfüllt, so können sich gesetzliche Aufbewahrungsfristen anschließen. Zudem sind wir in vielen Fällen verpflichtet, Daten und Unterlagen nach Zweckerfüllung dem Landesarchiv anzubieten.
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	Die Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nur mit einer gesetzlichen Übermittlungsbefugnis oder Ihrer Einwilligungserklärung.
Betroffenenrechte	Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte: Auskunftsrecht nach Art. 15 DSGVO über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung Recht auf Datenberichtigung nach Art. 16 DSGVO, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten. Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen gemäß o.g. Artikel zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Abs.3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO. Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung nach Art. 18 DSGVO, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von Ihnen bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

	Recht auf Datenübertragung nach Art. 20 DSGVO, in einem strukturierten Format, sofern die Voraussetzungen gem. o.g. Artikel erfüllt sind. Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.
Automatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling)	Wir nutzen grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO.
Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland (außerhalb EU)	Wir übermitteln grundsätzlich keine personenbezogenen Daten an Stellen in Drittstaaten oder internationale Organisationen. Sollte dies im Einzelfall doch Anwendung finden, so ist dies in den Datenschutzhinweisen des jeweiligen Fachverfahrens dargelegt.
Verpflichtung, Daten bereitzustellen & Folgen der Verweigerung	In vielen Bereichen haben Sie eine bestimmte Anzeige-, Melde- oder Auskunftspflicht. Ist dies der Fall, so kann eine Verweigerung, personenbezogene Daten bereitzustellen, zu empfindlichen Sanktionen führen. In den Fällen, in denen Sie nicht verpflichtet sind, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen, ist die Folge der Nicht-Bereitstellung einzig die Nichtberücksichtigung Ihres Antrags/Ihrer Bewerbung/Ihres Anliegens.
Beschwerderecht	Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde seiner Wahl, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Königstraße 10a 70173 Stuttgart Tel.: 0711/61 55 41 0, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de
Datum:	31.07.2025